

Gedenkstunde am Mahnstein in Braunau am Inn

Freitag, 06. Mai 2022

Gedenkrede

Abgeordnete zum Nationalrat, Sabine Schatz (SPÖ)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich heute hier zu Ihnen, zu euch sprechen darf und möchte mich herzlich für die Einladung bedanken. Als ich das letzte Mal in Braunau gewesen bin, haben wir damit ein Zeichen gesetzt, dass dieser Mahnstein für die Opfer des Faschismus genau hier an diesem Ort bestehen bleibt.

Unsere starken Stimmen, unser Widerstand haben sich ausgezahlt. Jetzt steht es fest. Der Stein bleibt. Und er bleibt genau hier. Danke an alle, die sich vehement dafür eingesetzt haben.

Am 8. Mai feiern wir 77 Jahre Befreiung vom Faschismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges, dem größten Verbrechen der Menschheit. Dass es wichtig ist, dass wir uns mit dieser Geschichte auseinandersetzen, dass wir uns dieser Geschichte stellen, ja, dass wir die Verantwortung aus den Gräueln des Nationalsozialismus wahrnehmen, liegt zweifellos auf der Hand. Wir müssen wissen, woher wir kommen, damit wir Gegenwart und Zukunft so gestalten können, damit derartige Verbrechen sich nicht im Ansatz wiederholen.

Sind wir davor gefeit? „Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen“, hat uns Primo Levi mit auf den Weg gegeben.

Aktuell sehen wir viele beunruhigende Entwicklungen.

Die Losung, „Nie wieder Krieg“, die wir in der Zweiten Republik für selbstverständlich gehalten haben, wurde durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert. Das, was wir für antiquiert und unmöglich gehalten haben, nämlich Krieg in Europa, Krieg de facto vor unserer Haustüre, ist wieder bittere Realität.

Ich verurteile diesen russischen Angriffskrieg aufs Allerschärfste. Krieg bedeutet immer Zerstörung, Leid, Flucht und Tod. Leidtragend ist immer die Bevölkerung. Deshalb senden wir auch eine klare Botschaft. Stoppt den Krieg! Je eher, desto besser. Dazu braucht es jetzt aktive Friedenspolitik.

Unsere ganze Solidarität liegt bei den kriegsbetroffenen Menschen in der Ukraine, die voll auf unsere humanitäre Hilfe zählen können müssen. Ich bin überwältigt von der großen Hilfsbereitschaft, die sich seit Beginn des Krieges in unserem Land aufgetan hat. Wieder einmal ist es die Zivilgesellschaft, die hier eingesprungen ist, die vorangegangen ist und rasch und sofort angepackt hat. Danke allen für diesen solidarischen Einsatz.

Für mich ist klar: Menschen, die schutzsuchend auf der Flucht vor Krieg zu uns kommen, sind bei uns auch willkommen. Unabhängig, ob sie aus der Ukraine oder anderen kriegserschütterten Ländern fliehen müssen.

Das heißt auch, dass wir nicht zulassen dürfen, dass Menschen in den Elendslagern an den Grenzen Europas im Stich gelassen werden.

Dort spielen sich humanitäre Katastrophen ab, die in den letzten Monaten zu sehr aus unseren Blickfeldern verschwunden sind. Dass Österreich sich bislang nicht bereit erklärt hat, Menschen dort rauszuholen ist beschämend und unserem Land unwürdig. Es ist unsere humanitäre Pflicht ist, hinzusehen und sich aktiv einzubringen.

Abseits dieser internationalen Ereignisse gibt es aber auch Entwicklungen im eigenen Land, die bei uns die Alarmglocken läuten lassen müssen. Auch wenn es für viele nur eine Randbemerkung in den täglichen Nachrichten war.

Aber dass Österreich im jährlichen internationalen Demokratiereport von einer liberalen Demokratie auf eine bloße Wahldemokratie herabgestuft wurde, ist äußerst besorgniserregend.

Das ist das Ergebnis aktueller Korruptionsaffären, intransparenter politischer Entscheidungen und damit verbunden eines dramatischen Verlustes an Vertrauen in die Politik. Dazu kommen Angriffe auf die unabhängige Justiz und Einschüchterungen der unabhängigen Presse.

Erst am vergangenen Dienstag, dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, wurde bekannt, dass Österreich im internationalen Pressefreiheits-Index von Platz 17 auf 31 herabgestuft wurde.

Inseratenaffären, der Umgang mit unabhängiger Berichterstattung, Einschüchterung oder bewusstes Aussperren von Journalistinnen und Journalisten. Dazu kommen verbale, physische oder sexuelle Übergriffe auf Pressevertreter und Pressevertreterinnen, die wir in den letzten zwei Jahren massiv im Rahmen der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen wahrgenommen haben. Gerade die Pressefreiheit ist ein wichtiger Pfeiler unserer demokratischen Republik.

Allesamt sind das untragbare Entwicklungen, die großen Schaden an der Demokratie und ihren politischen Institutionen anrichten und unseren kritischen Aufschrei erfordern.

Gleichzeitig wird das tägliche Leben durch extreme Preisexplosionen, etwa bei Lebensmitteln oder in der Energieversorgung unfassbar teuer. 1,5 Millionen Menschen in Österreich sind jetzt schon von Armut und Ausgrenzung bedroht, 370.000 davon Kinder. Die aktuelle Teuerung wird diese Armutsspirale weiter dramatisch ankurbeln und viele Menschen in echte existenzielle Nöte bringen.

Irgendwann wird das Modell der Kurzarbeit enden – dann müssen viele Menschen mit dem Arbeitslosengeld auskommen, das kaum zum Leben reicht.

Armut, existenzielle Not und Ausgrenzung sind auch immer ein guter Nährboden für extremistische Ideologien. Österreich kämpft seit Jahren mit einem Hoch an rechtsextremen Straftaten.

Damit gemeint sind unter anderem Wiederbetätigung, gewalttätige Übergriffe, Schändungen von Gedenkstätten und dergleichen mehr. Oberösterreich ist seit Jahren trauriger negativer Spitzenreiter in dieser Statistik.

Auch antisemitische Übergriffe haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Juden- und Jüdinnenfeindlichkeit ist aber nicht bloß in den extremistischen Rändern der Gesellschaft zu suchen, sondern immer noch tief verwurzelt mitten drin.

Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen haben all diese Entwicklungen weiter ansteigen lassen. Die rechtsextreme Szene versucht, diese Kundgebungen für sich zu unterwandern. Ich verurteile klar den dort offen zur Schau getragenen Antisemitismus, die unfassbaren Verharmlosungen der Verbrechen des Nationalsozialismus und die Angriffe auf PressevertreterInnen, Gesundheits- und Pflegepersonal. Auch in Braunau wurde eine Mitarbeiterin der Volkshilfe in der mobilen Pflege von Demo-TeilnehmerInnen angegriffen. Und nicht zufällig haben Corona-DemonstrantInnen hier vor der Salzburger Vorstadt 15 für Fotos posiert.

Alle diese Entwicklungen sind extrem beunruhigend und müssen uns zu Recht Sorge bereiten. Sie verlangen längst dringende und konsequente Maßnahmen.

Michael Köhlmeier hat einmal gesagt, es waren die vielen kleinen Schritte, jeder zu klein für die große Empörung, die zum großen Bösen geführt haben. Und ja, es stimmt.

Es hat nicht mit Dachau, Auschwitz oder Mauthausen begonnen. Es hat begonnen mit einem Auseinanderdividieren in ein Wir und Die. Es hat begonnen mit Ausgrenzung, Diskriminierung, Hass und Hetze, mit einer Sündenbockpolitik gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Es liegt in unserer historischen Verantwortung, aus diesen Entwicklungen zu lernen, wie es so schön heißt, die Verantwortung daraus wahrzunehmen und die Erinnerung daran wach zu halten. Gerade jetzt, wo nur noch wenige Zeitzeugen und Zeitzeuginnen über ihre Erfahrungen berichten können. Gerade jetzt ist es an der Zeit, dass wir den Auftrag der Überlebenden übernehmen. Der Auftrag alles zu tun, damit sicher derartiges nicht wiederholt.

Wir werden deshalb aufstehen und all jenen, die uns sagen, jetzt ist es aber einmal genug, irgendwann muss Schluss sein. All jenen werden wir entgegen müssen, dass wir diese unsere Geschichte nicht der Vergessenheit ausliefern werden. Weil wir erkannt haben, dass dieses Engagement notwendig ist.

Gerade Braunau zeigt, dass wir mit dieser Geschichte nicht abschließen können und dürfen. Der bloße Fakt, dass Hitler in diesem Haus in der Salzburger Vorstadt 15 geboren wurde, hier aber nur kurze Zeit seines Lebens verbrachte, macht es in einschlägigen rechtsextremen Kreisen immer noch zu einem fragwürdigen Anziehungspunkt. Das haben wir erst vor ein paar Tagen wieder vor Augen geführt bekommen.

Deshalb ist es wichtig, dass das Haus hier auch eine neue Optik und Funktion bekommt. Und weil sich Geschichte eben nicht neutralisieren lässt, wie das der damalige Innenminister und jetzige Bundeskanzler Nehammer formuliert hat, sollte diese Funktion auch eine sein, die sich mit der historischen Verantwortung und aktuellen Bildungs- und Präventionsmaßnahmen befasst. Das wäre am wenigsten im Sinne jener, die immer noch einer ewiggestrigen Ideologie anhängen.

Braunau ist aber auch ein Beispiel dafür, dass man sich sehrwohl fortschrittlich und mit einem klaren Auftrag dieser schändlichen Geschichte stellen kann. Der antifaschistische Mahnstein, der noch unter Bürgermeister Skiba hier errichtet wurde und für uns auch heute der Anlass ist, hier eine Gedenkveranstaltung abzuhalten, erfüllt seinen Zweck. Er erinnert. Er mahnt. Er fordert zum Nachdenken auf.

Es sind nach wie vor an allen Stätten der Verbrechen der Nationalsozialisten die vielen lokalen Gedenkinitiativen die dafür sorgen, dass Gedenk- und Erinnerungsarbeit und damit verbunden Bewusstseinsbildung vor Ort passiert. Danke an dieser Stelle an den Verein Zeitgeschichte Braunau am Inn und dem Mauthausen Komitee für Ihre unersetzliche Arbeit.

Dass dieser Stein heute hier noch steht und dass er weiter stehen bleibt, das ist unser gemeinsamer Verdienst. Die Stadt Braunau hat hier Standhaftigkeit bewiesen und sich gegen eine Versetzung und der damit verbundenen Unsichtbarmachung der antifaschistischen Arbeit erfolgreich gewehrt.

Dafür möchte ich stellvertretend Ihnen, Herr Bürgermeister, meinen Dank ausrichten. Ebenso wie all jenen Organisationen, die sich lautstark und über die Stadtgrenzen hinaus dafür eingesetzt haben. Gemeinsam haben wir etwas bewegt. Oder anders gesagt, wir haben erreicht, dass sich dieser Stein nicht bewegt.

Weil man Geschichte nicht einfach wegschieben kann und auch nicht einfach wegschieben oder neutralisieren darf. Weil wir Geschichte als klaren Auftrag wahrnehmen und uns bewusst sind, welche Aufgaben wir mit ihr übernommen haben.

Weil wir nicht stillschweigend wegsehen, wenn Unrecht geschieht, sondern unsere Finger auf die Wunden legen, wenn es notwendig ist.

Weil wir eine Spaltung der Gesellschaft nicht zulassen dürfen und für eine gerechte Verteilung des Wohlstands sorgen müssen.

Weil wir wissen, dass unsere Demokratie mit all ihren wichtigen Grundpfeilern und unsere in der Verfassung verankerte Neutralität maßgeblich dafür verantwortlich sind, dass wir mittlerweile 77 Jahre in Frieden leben dürfen.

Weil wir wissen, dass Demokratie jeden Tag gelebt und mit Leben befüllt werden muss und wir sie gegen alle Angriffe verteidigen müssen.

Weil wir nicht wegsehen, wenn Menschen auf der Flucht zu uns kommen und Schutz und unser Hilfe brauchen.

Wir haben viel zu tun. Weil wir nicht wollen, dass aus den kleinen Schritten, die wir sehen können, letztlich etwas großes Böses entsteht.

Die Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen haben im Mai 1945 den „Mauthausen Schwur“ verfasst. Ich darf daraus zitieren:

„Wir werden einen gemeinsamen Weg beschreiten,
den Weg der unteilbaren Freiheit aller Völker,
den Weg der gegenseitigen Achtung,
den Weg der Zusammenarbeit am großen Werk des Aufbaues einer neuen, für alle gerechten,
freien Welt.
Wir werden immer gedenken, mit welch großen blutigen Opfern aller Nationen diese neue Welt erkämpft wurde.“

Im Gedenken an das vergossene Blut aller Völker, im Gedenken an die Millionen, durch den Nazifaschismus gemordeten Brüder geloben wir, dass wir diesen Weg nie verlassen werden. Auf den sicheren Grundlagen internationaler Gemeinschaft wollen wir das schönste Denkmal, das wir den gefallenen Soldaten der Freiheit setzen können, errichten: DIE WELT DES FREIEN MENSCHEN.

Wir wenden uns an die ganze Welt mit dem Ruf: Helft uns bei dieser Arbeit!
Es lebe die internationale Solidarität!
Es lebe die Freiheit!“

Danke Ihnen, danke euch für dieses heutige so wichtige antifaschistische Zeichen des Gedenkens. Danke an die Stadt Braunau, dem Verein Zeitgeschichte in Braunau am Inn und dem Mauthausen Komitee Österreich für ihr unermüdliches Engagement in der Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren. Es ist jetzt an uns, den Mauthausen Schwur der Häftlinge weiterzutragen und mit Leben zu füllen. Damit das Niemals wieder ein Niemals wieder bleibt.

Hoch die Internationale Solidarität!

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!